



Schule
ist ~~doof~~
digital

**Wie eine Schule
an der Müritz den
Digitalpakt nutzt**

SEITE 6

**Chancen für alle
Kinder – Interview
mit Franziska Giffey**

SEITE 12

**Mehr Mut! Umstieg
auf Erneuerbare
Energien**

SEITE 22

Raus aus der Kreidezeit!



ROLF MÜTZENICH
MDB
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

EDITORIAL

Während des Lockdowns im Frühling hat digital unterstütztes Lernen mit dem Homeschooling eine neue Bedeutung erhalten. Ohne viel Vorbereitungszeit mussten sich Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler und nicht zuletzt ihre Eltern dem Fernunterricht stellen. Vielerorts sind innovative Lernkonzepte entstanden. Einige digitale Vorreiterschulen haben gezeigt, dass Fernunterricht in Echtzeit funktionieren kann. Doch vielerorts mussten wir auch feststellen, dass die Digitalisierung in unseren Schulen noch am Anfang steht.

Familien wie auch Lehrkräfte kamen durch Unterrichtssituationen zu Hause an ihre Belastungsgrenze. Soziale Unterschiede wurden größer – und sichtbarer. Nach einem moderaten Infektionsgeschehen im Sommer stellt uns die neue Dynamik der Corona-Pandemie jetzt im Herbst und Winter wieder vor erhebliche Herausforderungen. Klar ist für uns, dass Schulschließungen das letzte Mittel bleiben müssen. Dennoch wird es wichtig sein, die digitalen Errungenschaften der letzten Monate in den Schulalltag von morgen zu integrieren.

Denn auch über die Pandemie hinaus ist die Digitalisierung der Schulen dringend notwendig, um alle Kinder und Jugendliche bestmöglich auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorzubereiten.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion setzen uns schon lange dafür ein, die Schulen fit für die Digitalisierung zu machen. Im Koalitionsvertrag mit der

Union haben wir den »Digitalpakt Schule« durchgesetzt. Damit der Bund mithelfen kann, Schulen digital auszustatten, haben wir das Grundgesetz geändert und den Weg für wichtige Investitionen frei gemacht. Mit 5,5 Milliarden Euro unterstützen Bund und Länder die Schulen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur. Vor dem Hintergrund der Pandemie haben wir den Pakt in diesem Jahr noch einmal ergänzt: 500 Millionen Euro zusätzlich für Schüler-Endgeräte, 500 Millionen Euro für Lehrer-Laptops und weitere 500 Millionen Euro für die Ausbildung und Einstellung von IT-Fachkräften an Schulen. Nun muss dafür gesorgt werden, dass das Geld auch überall ankommt.

Die SPD-Fraktion engagiert sich dafür, dass Familien unabhängig von ihrem Einkommen stark sind. Dafür sind nicht nur eine gute öffentliche Schulbildung nötig, sondern auch frühkindliche Bildung und verlässliche Betreuungsangebote. Deshalb schaffen wir neue Kita-Plätze, investieren in die Qualität der Betreuung und setzen uns für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern und somit auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben im Leben, unabhängig davon, wieviel ihre Eltern verdienen. Deshalb stärken wir ihnen und ihren Familien den Rücken. Im nächsten Schritt wollen wir die Kinderrechte im Grundgesetz verankern.

Euer und Ihr Rolf Mützenich

Inhalt

TITELTHEMA



6 TITELTHEMA



Digitale Tafeln und Tablets überzeugen ihn:
Schulleiter Hans-Peter Richter

Auf! Und mir nach!

Mehrere Milliarden Euro stellt der Bund für die Digitalisierung in Schulen bereit. Der Schulcampus Röbel an der Müritz hat 282.000 Euro erhalten. Wie das digitale Lernen funktioniert, haben wir uns vor Ort angeschaut.

12 INTERVIEW



»Wir arbeiten dafür, dass jedes Kind es packt«

Franziska Giffey, Bundesfamilienministerin, setzt auf den Ausbau der Ganztagsbetreuung, digitale Schulen – und Gleichberechtigung

18 JUSTIZ

Kampf gegen die sexualisierte Gewalt

Mit ihrem Gesetzentwurf gegen sexualisierte Gewalt will Bundesjustizministerin Christine Lambrecht die Taten »ohne Wenn und Aber« als Verbrechen einstufen und die Strafen verschärfen.

20 GESUNDHEIT



Corona-Update

Das Land hält zusammen. Was die Politik in den letzten Wochen beschlossen hat, um die Pandemie und ihre Folgen im Griff zu behalten – ein Überblick.

19 FORSCHUNG

Künstliche Intelligenz muss dem Menschen dienen

Nach zweijähriger Arbeit hat die Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz« (KI) ihren Bericht vorgelegt. Für die SPD-Fraktion ist klar: Der »Mehrwert« von KI muss sozial sein. — Von Daniela Kolbe, MdB und René Röspe, MdB

22 ERNEUERBARE ENERGIEN



Mehr Mut!

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien bis zur Mitte des Jahrhunderts bietet viele Chancen für Deutschland. Damit er gelingt, brauchen wir jetzt einen großen Wurf. — Von Matthias Miersch, MdB

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich:
Carsten Schneider MdB,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer

Redaktion:
Stefan Hintermeier,
Flora Wisdorff

Redaktionsschluss:
18. November 2020

Redaktionsanschrift:
SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-513 34
Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

Abbildungen:
SPD-Fraktion (S. 4, 8, 9, 10, 11),
picture alliance/dpa/Chris-
toph Soeder (S. 5, 12, 15, 16),
iStock/damircudic (S. 5),
Shutterstock.com/Macro-
vector (S. 6), Susie Knoll (S. 3,
19, 22), Benno Kraehahn
(S. 19), Colourbox.de (S. 5, 21)

Layout:
knisterwerk, Hamburg
Lars Sembach

Satz:
Dominique Mayer, Berlin

Druck:
Möller Druck und Verlag
GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



Für engagierte Schulen bietet der Digitalpakt große Chancen. Ein Ortsbesuch an der Müritz zeigt, wie digitale Tafeln, Tablets und WLAN das Lernen verändern. Und wie man dabei auch die Lehrerinnen und Lehrer mitnimmt.

Auf!

Und mir nach!

Die alten Wandtafeln haben wir jetzt verkauft«, sagt Hans-Peter Richter, Schulleiter des »Schulcampus Röbel«, eine Gesamtschule an der Mecklenburgischen Seenplatte. Der 66-jährige läuft vom Hauptgebäude aus der DDR-Zeit ins neu gebaute »Nawi-Haus« hinüber. Hier, in dem schlichten Betonbau mit leuchtend weißer Fassade, will er zeigen, wie in seiner Schule digital unterrichtet wird. Physik, dritte Stunde, 11. Klasse.

An der Wand hängt ein riesiger weißer Bildschirm, eine sogenannte digitale Tafel, ein Meter hoch, fast zwei Meter breit. Dort ist gerade die Wikipedia-Seite zur Energiebilanz der Wärmepumpe zu sehen. Die Schüler sollen Energiearten und ihre Berechnungen recherchieren. Jeder hat ein Tablet vor sich, das mit der Computer-Tafel verbunden ist. Wer etwas Interessantes gefunden hat, meldet sich, dann wird diese Tablet-Seite vorne angezeigt.

Hans-Peter Richter läuft zwischen den Schülern umher, klopft ihnen aufmunternd auf die Schulter, schaut auf ihre Tablets, und flüstert, während der Lehrer weitermacht: »Wenn wir bei der Digitalisierung nicht mitgehen, hängen wir hinterher in der Welt. Je eher die Kinder diese Möglichkeiten bekommen, desto besser«.

Richter ist die Digitalisierung sehr wichtig. Seine Gesamtschule in Röbel an der Müritz, 5000 Einwohner, knapp 150 Kilometer nordwestlich von Berlin, war die erste Schule in Mecklenburg-Vorpommern, die Mittel aus dem Digitalpakt bekam. Damit konnte Richter die ganze Schule mit digitalen Tafeln ausstatten.

Der Digitalpakt ist das bildungspolitische Großprojekt der rot-schwarzen Regierungskoalition. Im Sommer 2019 stellte der Bund fünf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen bereit, die Länder schossen insgesamt 500 Millionen Euro dazu, damit Schulen sich mit digitalen Tafeln, Laptops und WLAN ausstatten können. Das Geld fließt über fünf Jahre bis 2024.

Da das digitale Lernen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie noch viel wichtiger geworden ist, wurden Ergänzungen vereinbart: Im Frühling kam ein 500-Millionen-Euro-Hilfspaket dazu, um sozial benachteiligte Schüler mit Laptops zu versorgen. »Ob Schülerinnen und Schüler beim Unterricht per Video, Chat und App mithalten können, darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das ist eine ganz entscheidende soziale Frage«, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Oliver Kaczmarek. Im Rahmen des Konjunktur- und Zukunftspakets im Frühsommer wurden



»
Wenn wir bei der Digitalisierung nicht mitgehen, hängen wir hinterher in der Welt. Je eher die Kinder diese Möglichkeiten bekommen, desto besser.

«

HANS-PETER RICHTER
Schulleiter des
Schulcampus Röbel

weitere 500 Millionen vereinbart, damit die Schulen IT-Fachkräfte einstellen können, die die Software installieren und die Geräte warten. Und auf dem Schulgipfel Ende September wurden 500 Millionen Euro für Lehrer-Laptops beschlossen.

Als Hans-Peter Richter im Sommer 2019 vom Digitalpakt erfuhr, dachte er sich: »Diese Fördermittel muss ich in ein paar Wochen haben«. Ganz so schnell ging es dann doch nicht, aber bereits im Dezember bekam der Schulcampus Röbel den Zuschlag für 282.000 Euro. Am 9. Juli dieses Jahres lieferte ein Lkw 36 Smart Boards an die Schule, die 700 Schüler zur Mittleren Reife und zum Abitur führt. Zudem ließ Richter mit den Mitteln die Computerräume mit neuen PC's ausstatten und das WLAN-Netz erneuern.

Damit gehört der Schulcampus Röbel bundesweit allerdings noch zu einer Minderheit: Von den fünf Milliarden Euro aus dem Digitalpakt sind bis Ende Juni erst etwas über fünf Prozent bewilligt worden, aktuellere Zahlen sollen Ende des Jahres veröffentlicht werden. In Mecklenburg-Vorpommern sind aktuell immerhin knapp neun Prozent der verfügbaren Mittel von fast 100 Millionen Euro bewilligt worden. Bildungsministerin Bettina

Martin (SPD) zufolge liegt das Land damit »im Zeitplan«. Das Programm laufe über fünf Jahre, und in einem »Roll Out«-Plan sei festgelegt, welche Schulen den Förderantrag in welchem Jahr stellen dürfen. Der Schulcampus Röbel war eigentlich erst für 2021 vorgesehen.

Die bürokratischen Hürden für die Beantragung waren am Anfang hoch. Dazu mussten die Schulen ein aufwändiges »Medienbildungskonzept« erarbeiten. Inzwischen kann dieses Konzept aber auch nachgereicht werden, wurde im Sommer beschlossen. Das begrüßt auch Bildungsministerin Martin: Denn das Verfassen eines solchen Konzeptes sei – gerade im Zuge der Corona-Krise – von den Lehrern als große zusätzliche Belastung empfunden worden.

Auch in Röbel war das so. Aber Richter wollte nicht bis 2021 warten, sondern »unbedingt unter die ersten Schulen kommen«. »Es war eine Fleißarbeit«, sagt er. Man müsse als Schulleiter den digitalen Weg gehen wollen, dabei seine Lehrerinnen und Lehrer mitnehmen. Ihm scheint das gut gelungen zu sein. Einer der Lehrkräfte beschreibt es so: »Wir haben das in einem riesengroßen Mammutprojekt durchgedrückt«.



Als Präsident der Stadtvertretung hat Richter gute Kontakte in die Kommunalpolitik und konnte auch dort auf Unterstützung zählen. Der pädagogische »Medienentwicklungsplan«, den die Verwaltung als Schulträger vorlegen musste, wurde schnell geschrieben.

Hans-Peter Richter erinnert an einen wohlwollenden Patriarchen, wenn er durch die Flure läuft, die Schüler beim Namen nennt, und ihnen sowie ihren Lehrern Anweisungen gibt, die anstandslos befolgt werden. Er erlaubt sich, unangemeldet in den Unterricht zu platzen, alle Schülerinnen und Schüler mit raus zu nehmen, (»Auf! Und mir nach!«), damit die Lehrerin ungestört über den digitalen Unterricht sprechen kann.

Richter ist fest davon überzeugt, dass die Digitalisierung in der Schule wichtig ist, schließlich war er selber Informatiklehrer. Er habe schon vor 20 Jahren gepredigt, erzählt er, dass die Schüler den Umgang mit dem PC lernen müssen, den flexiblen Umgang mit Datenübertragung und Technik. »Wer eine Ausbildung in der Tischlerei

macht, der muss heute an digital gesteuerten Maschinen lernen, die Anforderungen sind dort hochrangig und spezialisiert. Wir versuchen, ein Grundgerüst dafür zu legen. Das erleichtert dann vieles«. Der Meinung ist auch Bildungsministerin Martin.

»Wir brauchen gute Fachkräfte im Land für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft«, sagt sie. Schon heute gebe es kaum einen Beruf, in dem keine digitalen Kompetenzen erforderlich seien.

Schon vor zwölf Jahren ließ Richter die Schule mit einem ersten WLAN-Netz ausstatten. Als die Pandemie ausbrach, hingen in 40 Klassenräumen Beamer, es gab sieben digitale Tafeln, 20 Notebooks zur Nutzung für die Lehrer und zwei Dutzend Tablets für die Schüler.

Von Corona wurde die Schule dennoch »eiskalt« erwischt, erzählt Christian Leonhardt, Lehrer für Sport und Geographie. Was gut funktionierte, war das Erstellen eines Aufgabenpools über den Schulserver und die Kommunikation über Email und Telefon mit den Schülern. Eine Plattform wie Microsoft Teams, die den Online-Unterricht problemlos möglich macht, war aber nur für die Schüler der Oberstufe eingerichtet. Nur zwei Lehrer gaben auf diesem Wege Online-Unterricht. Andere hatten Scheu davor. »Meine Lehrer haben sich nicht so gerne auf Teams eingelassen und generell auf Online-Unterricht«, erzählt die 14-jährige Rebecca.

»
Die Smart Boards erleichtern den Unterrichtsalltag deutlich. Wenn jemand wissen möchte, wie das Forum Romanum früher ausgesehen hat, dann öffne ich einfach die Webseite.
«

NADJA KLINGBEIL
Lehrerin für Deutsch und Geschichte
am Schulcampus Röbel



Der Lockdown war für manche Lehrer eine regelrechte Grenzerfahrung. Wie für Byrthe Dittrich, die seit 1987 Mathematik und Physik unterrichtet. »Das Schwierigste war für mich, die Fülle von Aufgaben zu meistern«, sagt sie. »Ich musste intensiv nach Filmen und interaktivem Übungsmaterial suchen, die Lösungen auf die Plattform stellen, den Weg zur Lösung schriftlich erläutern.« Viele hätten gedacht, die Lehrer könnten jetzt ausspannen. »Das hat mich sehr gekränkt«, erzählt sie mit brüchiger Stimme.

Jetzt, wo die alten Kreidetafeln und Beamer aussortiert und die neuen Smart Boards angekommen sind, hat auf dem Schulcampus Röbel eine weitere Epoche der Digitalisierung begonnen. Schüler und Lehrer halfen in den Sommerferien freiwillig, die 90 Kilogramm schweren digitalen Tafeln an die Wände zu montieren. Eine Woche vor Schulbeginn wurden die Lehrer im Umgang mit den Tafeln geschult. Jüngere Lehrer wie Christian Leonhardt erklärten den Älteren, wie es geht.

»
Vor einem neuen Lockdown habe ich keine Angst. Über Office 365 können wir jetzt mit den Lehrern und anderen Schülern gut in Kontakt bleiben.

FELIX
Schüler der 9b
am Schulcampus Röbel



Leonhardt zufolge hat sich die Anstrengung gelohnt. Die Beamer hätten nur ein kleines, qualitativ schlechtes Bild an die Wand geworfen, der Ton sei zu leise und die Verbindung zwischen Laptop und Beamer störanfällig gewesen. »Jetzt kommt man rein, drückt auf den Knopf und es geht sofort los«. Eine große Erleichterung, findet er.

Die Schülerinnen und Schüler könnten jetzt viel besser den Umgang mit digitalen Informationsquellen lernen, sagt Physiklehrer Matthias Strauch: »Wie unterscheidet man bei der Recherche im Internet Quellen, denen man vertrauen kann, von unseriösen Quellen?«

Den Schülern gefällt der multimediale Unterricht. »Die Lehrer arbeiten jetzt viel mehr mit Bild-, Audio- und Video-Material«, sagt Rebecca aus der 9. Klasse. »Dadurch kann ich dem Unterricht besser folgen. Wir können im Internet recherchieren und müssen dafür nicht extra in den Computerraum gehen.« Auch die Kleineren finden es »cool«, im Englisch-Unterricht zum Beispiel Big Ben zu sehen und läuten zu hören. Die Schüler helfen mit, die digitalen Tafeln funktionsfähig zu halten: Einige schwärmen wöchentlich aus, um die Smart Boards zu »reinigen«; sie löschen die geöffneten Dateien und Anwendungen, die auf dem Desktop verbleiben.



» Wie unterscheidet man bei der Recherche im Internet Quellen, denen man vertrauen kann, von unseriösen Quellen? «

MATTHIAS STRAUCH
Lehrer für Physik
am Schulcampus Röbel

Sollte es aufgrund der Corona-Pandemie erneut zur Schließung der Schule kommen, ist der Schulcampus Röbel besser gerüstet als im Frühling. Im Sommer hat Richter 100 Tablets bestellt, die aus den Mitteln einer Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt finanziert werden. Diese können an Schüler verliehen werden, denen zu Hause kein Endgerät zur Verfügung steht. Durch die Smart Boards haben die Lehrer schon begonnen, ihren Unterricht digital zu gestalten. Und Office 365 und Teams ist nun flächendeckend eingerichtet. Zudem wurden neue Kameras bestellt, mit denen der Unterricht vor der digitalen Tafel großflächig gefilmt werden kann.

Doch ein großes Problem kann auch der Digitalpakt nicht lösen. Im Landkreis Röbel gibt es noch sogenannte »weiße Flecken«: Orte ohne Breitband-Anschluss. In manchen Dörfern haben die Haushalte nicht einmal Zugang zum Internet. Während des ersten Lock-downs ist der Online-Unterricht schon daran in einigen Jugendzimmern gescheitert.



Sehen Sie dazu das Video
auf YouTube:

<https://www.youtube.com/watch?v=7gwcMvDreTQ>

Der Bund investiert zwar Milliarden in den Aufbau von flächendeckenden und sicheren Gigabitnetzen und in die Versorgung von Schulen mit schnellem Netz. Die gesetzlichen Grundlagen dafür hat er mit dem »Digitalfonds« (Sondervermögen Digitale Infrastruktur) geschaffen. In dem Rahmen ist die Förderung des Breitbandausbaus im Landkreis Röbel auch bereits bewilligt. Doch die Inbetriebnahme ist erst Ende 2024 geplant. Die Projektplanung, die Abwicklung mit Ausschreibung und dem tatsächlichen Ausbau dauert, und die Baukapazitäten sind knapp.

Hans-Peter Richter lässt sich jedoch auch davon nicht bremsen. Er will jetzt die Mittel zur Finanzierung für die Ausbildung und Einstellung von IT-Mitarbeitern für seine Schule beantragen. Richter zufolge sind eigene IT-Fachkräfte eine der zentralen Voraussetzungen für die erfolgreiche Digitalisierung des Unterrichts. »Wir können die Systeme längerfristig nicht komplett selber warten«, sagt er. Derzeit hilft eine IT-Fachkraft aus der Stadtverwaltung.

Bei allem Enthusiasmus für die Digitalisierung sei er manchmal aber auch ein bisschen nostalgisch, sagt der Schulleiter. Eine Kreidetafel wird er behalten. Die sei schon über hundert Jahre alt. »Am Tag der offenen Tür werden wir die rausholen«, sagt er. »Um den Kindern zu zeigen, dass solche Hilfsmittel in früheren Zeiten auch wichtig waren.«



**Ein Gespräch mit Franziska Giffey,
Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend**

**Wir
arbeiten
dafür,**

INTERVIEW

**dass
jedes Kind
es packt**

Die Corona-Krise hat bestehende Ungleichheiten stark sichtbar gemacht, sei es zwischen Arm und Reich oder Frauen und Männern. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey will diesen Ungleichheiten den Kampf ansagen: mit guter, umfassender Kinderbetreuung, digitalen Schulen für alle und mehr Kitaplätzen.

Familienpolitik soll Familien stark machen. In der Corona-Krise und insbesondere während des ersten Lockdowns in diesem Frühling mit Schul- und Kitaschließungen haben die Familien sehr gelitten. Welche Lehren können daraus gezogen werden?

Franziska Giffey: Für viele Familien in Deutschland waren die ersten Monate der Corona-Krise eine sehr schwierige Zeit. Und auch jetzt ist die Lage ernst. Eine wichtige Lehre aus dem Lockdown ist sicherlich, dass die Frage der Kinderbetreuung für Familien, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für die Unternehmen in unserem Land ganz entscheidend ist. Deshalb ist für mich sehr wichtig zu betonen, dass die Schließung von Kitas und Schulen das letzte Mittel sein muss, wenn es wieder um Einschränkungen geht.

Im Vergleich zu manch anderen europäischen Ländern hinkt Deutschland bei den Betreuungsangeboten vielerorts noch immer hinterher. Die Hausfrau, die auch die Kinder betreut, galt in Westdeutschland lange als die Grundlage der Sozialpolitik.

Franziska Giffey: Generell ist die Kinderbetreuung im Osten des Landes traditionell breiter aufgestellt, mit mehr Angeboten für die Ganztagsbetreuung und Kita-Plätzen. Man muss aber auch sagen, dass in den

letzten Jahren in ganz Deutschland unheimlich nachgeholt wurde. Der Bund hat hier unterstützt: Mit Kita-Investitionsprogrammen und auch mit dem Gute-Kita-Gesetz investieren wir Milliarden sowohl in die Kapazität als auch in die Qualität und die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte. Durch die ersten vier Investitionsprogramme sind eine halbe Million Kita-Plätze entstanden. Mit dem neuen Kita-Investitionsprogramm kommen fast 100.000 Plätze dazu, die wir aus dem Konjunkturprogramm finanzieren können. Aber nach der Kita darf natürlich nicht Schluss sein. Deshalb kämpfen wir für den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. Denn der Betreuungsbedarf endet nicht mit der Kita. Und wir erleben, dass eine gute Kinderbetreuung ganz entscheidend für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, aber auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Doch noch haben die Länder nicht zugestimmt.

Franziska Giffey: Wir arbeiten intensiv daran. Der Bund stellt für die kommenden Jahre 3,5 Milliarden Euro Investitionsmittel für die Länder bereit, um die Ganztagsbetreuung auszubauen. Und jetzt geht es natürlich darum, dass wir auch den Rechtsanspruch auf Bundesebene regeln.

Der Rechtsanspruch soll ab 2025 gelten, ist das realistisch?

Franziska Giffey: Im Koalitionsvertrag ist ein Rechtsanspruch ab 2025 vereinbart. Über die konkreten Schritte dahin wird jetzt mit den Ländern verhandelt.

Wie flexibel ist der Zeithorizont?

Franziska Giffey: Vereinbart worden ist, dass die Betreuung für die Kinder von Klasse 1 bis 4, an fünf Tagen in der Woche, acht Stunden am Tag gesichert werden muss, inklusive einer verlässlichen Ferienbetreuung und maximal vier Wochen Schließzeit im Jahr. Diskutiert wird auch ein Stufenmodell ab 2025, bei dem man Schritt für Schritt mehr Klassenstufen einbezieht. Das Entscheidende ist, dass wir damit beginnen, denn der Bedarf bei den Eltern ist da. Auch für die Erwerbsquote von Frauen ist eine gute Kinderbetreuung ein echter Gamechanger.

Kann man optimistisch sein, dass es in dieser Legislaturperiode noch etwas wird?

Franziska Giffey: Ich hoffe sehr darauf.

Bei der frühkindlichen Betreuung gibt es bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Trotzdem klafft eine Betreuungslücke: über 300.000 Kita-Plätze fehlen.

Franziska Giffey: Vor zehn Jahren haben etwa zehn Prozent der unter Dreijährigen eine Kita besucht, heute sind wir bei weit über 30 Prozent – Tendenz steigend. Der Bedarf liegt allerdings inzwischen bei über 40 Prozent. Es ist hier ein bisschen wie bei Hase und

Igel. Es sind sehr viele zusätzliche Plätze geschaffen worden – von Bund und Ländern. Aber die Eltern brauchen eben auch mehr Plätze, weil wir einen gesellschaftlichen Wandel haben. Mehr Frauen gehen länger arbeiten. Paare wollen mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und das bedeutet, dass wir weiter investieren müssen.

Eine große Hürde beim Ausbau ist das fehlende Personal. Warum ist der Fachkräftemangel so groß?

Franziska Giffey: Wir haben mit unserer Fachkräfteoffensive und auch mit den entsprechenden zusätzlichen Geldern aus dem Gute-Kita-Gesetz den Ländern Unterstützung gegeben, damit sie die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen attraktiver ge-

stalten, mehr Menschen gewinnen und auch im Beruf halten können. Ich wünsche mir, dass wir eine Situation erreichen, in der sich niemand mehr fragen muss, ob sie oder er es sich leisten kann, Erzieherin oder Erzieher zu werden. Wenn man für eine solche Ausbildung nicht bezahlen muss und eine Ausbildungsvergütung erhält, dann gibt es auch mehr Menschen und insbesondere auch mehr Männer, die diesen Beruf ergreifen möchten. Deshalb unterstützen wir die praxisintegrierte vergütete Ausbildung mit Bundesmitteln.

»
Auch für die Erwerbsquote von Frauen ist eine gute Kinderbetreuung ein echter Gamechanger.
«



Franziska Giffey liest Kindern
in einer Kita in Berlin-Kreuzberg
aus einem Buch vor.



Wer bleibt zu Hause, wenn die Kita-Gebühren zu hoch sind? Es sind meistens die Frauen.

»

Ein großes Thema ist auch die Qualität der Betreuung in den Kitas. Frühkindliche Bildung ist sehr wichtig. Die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz dürfen aber auch von den Ländern genutzt werden, um die Beiträge zu streichen. Das kritisieren viele.

Franziska Giffey: Zwei Drittel der Gelder werden für die Steigerung der Qualität ausgegeben, ein Drittel für die Reduzierung von Kita-Gebühren. Es gibt Bundesländer, die haben bereits die Gebührenfreiheit erreicht, so ist es zum Beispiel in Berlin. Das Land kann so 100 Prozent der Mittel in Qualität investieren. Andere wählen andere Schwerpunkte. Die Gebührenfreiheit ist wichtig für die Frage der Teilhabe. Denn es gibt immer noch Leute, die es sich nicht leisten können, ihr Kind in die Kita zu

«

schicken. Und wenn die Gebühren bei 1000 Euro oder mehr liegen, dann sagen sie: »Ich gehe doch nicht nur für die Kita-Gebühren arbeiten«. Und wer bleibt zu Hause? Es sind meistens die Frauen. Die haben in dem Fall eine Lücke in ihrer beruflichen Laufbahn. Diese wird zur Lohnlücke und dann zur Rentenlücke. Das ist ungerecht. Dem wollen wir entgegenwirken.

Studien belegen, dass die größte Last der Haushalts- und Betreuungsarbeit während des Lockdowns im Frühling von Frauen getragen wurde. War das überraschend?

Franziska Giffey: Nein. Wir hatten ja auch vor Corona-Zeiten generell eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Frauen arbeiten im Schnitt pro Tag 1,5

Stunden mehr für die familiäre Sorgearbeit als Männer. Diese ungleiche Verteilung hat sich verstärkt. Denn bei der Frage, wer in der Krise im Job kürzer tritt, ist die Abwägung meist ganz klar gewesen: diejenige, die weniger verdient. Diese Ungleichheit hat die Krise verstärkt und auch deutlich sichtbarer gemacht.

Sichtbar geworden während der Corona-Krise ist auch der Nachholbedarf bei der Digitalisierung in den Schulen. Mit dem Digitalpakt hat der Bund mehr als fünf Milliarden Euro für WLAN, Endgeräte, digitale Tafeln bereitgestellt. Doch bisher sind nur wenige Mittel abgerufen worden.

Franziska Giffey: Damit kann man nicht zufrieden sein. Die Bildungsressorts auf Bundes- und Landesebene sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Abruf dieser Gelder besser läuft. Aber es geht nicht nur darum, dass Computer und interaktive, digitale Tafeln gekauft und in der Klasse aufgehängt werden, sondern es geht vor allen Dingen um die pädagogische Kompetenz der Lehrkräfte. Die Schulen müssen unterstützt werden bei der Erstellung von Konzepten für IT-gestütztes Lernen. Da sehen wir große Unterschiede.

Inwiefern?

Franziska Giffey: Es gibt Schulen, die in Deutschland schon seit fünf, sechs Jahren kreidefrei sind. Aber dort gibt es dann auch meistens sehr engagierte Lehrerkollegien. Da ist oft eine Schulleitung, die dort eine Priorität setzt. Die sich tatkräftige Partnerinnen und Partner sucht. Ob eine Schule auf digitales Lernen setzt, darf aber nicht mehr abhängig davon sein, ob Schulleitung oder Lehrerkollegium das gut finden und das befördern, sondern es muss für alle Standard werden. Ausstattung ist das eine, und zwar unabhängig von sozialer Lage der jeweiligen Schülerinnen und Schüler. Unabhängig davon, ob Eltern sich das leisten können. Das andere ist die pädagogische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer. Das ist ganz entscheidend. Hier muss investiert werden. Es muss aus meiner Sicht eine Verpflichtung zur digitalen Fortbildung geben, damit keiner mehr sagen kann: »Das ist nicht mein Spezialgebiet. Das lasse ich lieber.« Das darf nicht sein. Die digitale Schule ist die Zukunft. Das ist eine der großen Bildungsaufgaben, die in den Bundesländern ansteht.

Wie sieht die langfristige Zukunftsvision für starke Familien aus?

Franziska Giffey: Wir arbeiten dafür, dass es jedes Kind packt. Egal, ob es in eine reiche oder arme Familie geboren worden ist. Das ist eine Aufgabe, die weit über diese Legislatur hinausreicht. Mein Wunsch wäre darüber hinaus, dass wir es schaffen, aufbauend auf unserem Starke-Familien-Gesetz eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung zu etablieren.

Wie sieht die aus?

Franziska Giffey: Die besteht nicht nur aus Geld für die Familien, sondern aus zwei Säulen. Das eine ist eine gute Infrastruktur: gute Kitas, eine gute Ganztagschule, gute Kinder- und Jugendarbeit. Und auf der anderen Seite ein neues Kindergeld, welches die vielen Leistungen, die wir im Moment schon haben, zusammenführt, vereinfacht und unbürokratischer gestaltet. Wir machen dafür jetzt schon wichtige Schritte, wenn wir etwa unser Digitale-Familienleistungen-Gesetz verabschieden, um die verschiedenen Leistungen zu bündeln. Wenn ein Kind zur Welt kommt, können Eltern künftig Geburtsurkunde, Elterngeld, Kindergeld und perspektivisch auch den Kinderzuschlag in einem Antragspaket von zu Hause oder unterwegs rund um die Uhr digital beantragen. Damit die Daten laufen und nicht die Bürgerinnen und Bürger. Und damit Eltern weniger Zeit für die Bürokratie brauchen und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können.

»
Es muss eine Verpflichtung zur digitalen Fortbildung der Lehrer geben. Digitales Lernen muss für alle Standard werden.
«

Kampf gegen die sexualisierte Gewalt

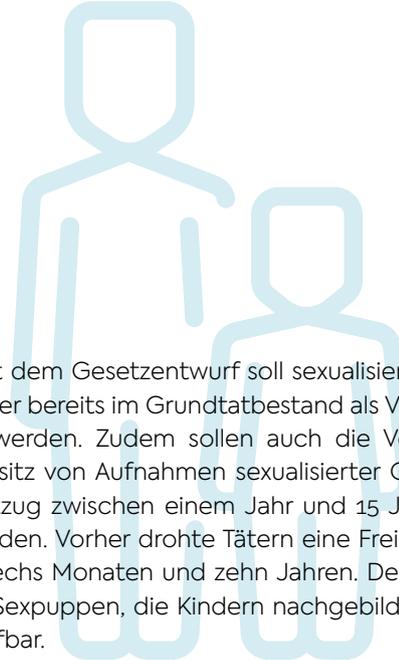
JUSTIZ

Mit ihrem Gesetzentwurf gegen sexualisierte Gewalt will Bundesjustizministerin Christine Lambrecht die Taten »ohne Wenn und Aber« als Verbrechen einstufen und die Strafen verschärfen.

In Deutschland registrierte die Polizei im vergangenen Jahr rund 13.700 Missbrauchstaten gegen Kinder. Auch im Internet steigt die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen besonders stark. Daher muss die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder zentrale Aufgabe des Staates sein. Dabei darf die wachsende Bedeutung des Internets als Tatort nicht aus den Augen verloren werden. Umso dringender ist es, die einschlägigen Straftatbestände sachgerecht nachzuschärfen.

Der Gesetzentwurf von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD), der im Bundestag in erster Lesung beraten wurde, sieht höhere Strafen, eine effektivere Strafverfolgung, mehr Prävention und eine bessere Qualifizierung der Justizbehörden vor. »Wir nehmen den Kampf gegen diese widerlichen Straftaten auf«, so Lambrecht. Die Taten würden »ohne Wenn und Aber« als Verbrechen eingestuft. Jedem Täter müsse klar sein, dass es keine Einstellungen mehr geben werde, sagte sie.

Damit bereits der Begriff das Unrecht der Tat aufzeigt, wird der Tatbestand des »sexuellen Missbrauchs« im Strafgesetzbuch künftig als »sexualisierte Gewalt« bezeichnet.



Mit dem Gesetzentwurf soll sexualisierte Gewalt gegen Kinder bereits im Grundtatbestand als Verbrechen geahndet werden. Zudem sollen auch die Verbreitung und der Besitz von Aufnahmen sexualisierter Gewalt mit Freiheitsentzug zwischen einem Jahr und 15 Jahren geahndet werden. Vorher drohte Tätern eine Freiheitsstrafe zwischen sechs Monaten und zehn Jahren. Der Kauf und Besitz von Sexpuppen, die Kindern nachgebildet sind, ist künftig strafbar.

Das Gesetz umfasst weitere Änderungen, um Kinder besser zu schützen. Eintragungen über sexuelle Übergriffe im Führungszeugnis bleiben 20 Jahre stehen und damit doppelt so lange wie bisher, damit potenzielle Täter nicht beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern arbeiten. Familienrichter sollen besser geschult und Strafverfahren mit minderjährigen Opfern beschleunigt werden.

Um die Strafverfolgung zu optimieren, sollen den Behörden im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder sowie bei der Verbreitung, des Erwerbs und des Besitzes kinderpornographischer Schriften weitergehende Befugnisse eingeräumt werden, etwa die Anordnung von Untersuchungshaft, Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung.

Die SPD-Fraktion will den Gesetzentwurf rasch beraten und verabschieden. Er sei »die richtige Antwort auf schreckliche Missbrauchsfälle, weil er neben deutlichen Strafmaßverschärfungen auf Prävention setzt«, sagte der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, Johannes Fechner.

Wenn ein Kind missbraucht werde, müsse der Staat effektiv und konsequent gegen die Täter vorgehen. »Wir werden Polizei und Gerichten die rechtlichen Möglichkeiten geben, Taten schnell und effektiv abzuurteilen und verurteilte Täter nicht aus dem Blick zu verlieren«, so Fechner.

Künstliche Intelligenz muss dem Menschen dienen



DANIELA KOLBE
MDB



RENÉ RÖSPEL
MDB

Nach zweijähriger Arbeit hat die Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz« (KI) ihren rund 800 Seiten starken Bericht vorgelegt. Für die SPD-Fraktion ist klar: Der »Mehrwert« von KI muss sozial sein.

FORSCHUNG

Der Deutsche Bundestag hat vor zwei Jahren die Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt, um sich mit den gesellschaftlich und ethisch relevanten Aspekten von KI zu beschäftigen. Neben den Chancen, die KI bietet, löst sie bei vielen Menschen auch Ängste aus. Es ging in der Enquete-Kommission demnach auch um eine Versachlichung des Themas. Denn letztlich ist KI – und so steht es im Bericht – nichts anderes als »die nächste Stufe der Digitalisierung«.

Nunmehr hat die Enquete-Kommission KI ihren rund 800 Seiten starken Bericht vorgelegt. In den vergangenen zwei Jahren haben insgesamt 38 Bundestagsabgeordnete und Sachverständige debattiert, analysiert und manchmal auch gestritten. Da kaum ein Lebensbereich in naher Zukunft vom Einsatz von KI unberührt bleiben wird, waren die Themenschwerpunkte auch sehr breit gefächert: Es ging um das Verhältnis von KI und Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit, Staat, Forschung, Mobilität und Medien.

Für die SPD-Bundestagsfraktion war die durch KI veränderte »Arbeitswelt von morgen« ein elementarer Aspekt. Der »Mehrwert« von KI muss sozial sein. Wir als

SPD-Fraktion wollen, dass KI zu besserer, humaner und selbstbestimmter Arbeit beiträgt und Beschäftigte nicht allein gelassen werden. Die Instrumente heißen: Mitbestimmung, Transparenz und Qualifizierung. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen, deren Tätigkeit verändert wird, qualifiziert werden, damit sie weiterhin einen Arbeitsplatz haben, auch wenn der vielleicht etwas anders aussieht.

Die SPD-Fraktion konnte unter anderem folgende Empfehlungen in der Enquete-Kommission erreichen:

- Um den Strukturwandel zu gestalten, sind evidenzbasierte Forschung und belastbare Prognosen für die Beschäftigungseffekte von KI unerlässlich. Neben den Aktivitäten des KI-Observatoriums sind spezielle Förderprogramme zur systematischen Erfassung und Analyse der arbeitsmarktrelevanten Auswirkungen aufzusetzen.
- Die langfristige Förderung anwendungsbezogener Forschung in betrieblichen Kontexten, auch und gerade sozial- und verhaltenswissenschaftlicher Forschung, zu den Auswirkungen des KI-Einsatzes auf Beschäftigte, Arbeit, Qualifikationsbedarfe und Unternehmen.
- Die Enquete-Kommission hält eine

gesellschaftliche und politische Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme auch vor dem Hintergrund der Erfahrung vieler abhängig Erwerbstätiger, Selbstständiger und freiberuflich tätiger Menschen für angezeigt.

- In den Betrieben und staatlichen Institutionen verrichten Betriebs- und Personalräte wichtige Arbeit, um KI-Systeme zu einer höheren Akzeptanz und einem besseren Erfolg zu führen. Dafür ist zukünftig der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung notwendig. Dazu gehört neben einem Initiativrecht des Betriebs- bzw. Personalrats bei Weiterbildungsangelegenheiten auch die Mitsprachemöglichkeit, welches KI-System in einer bestimmten Form eingeführt werden kann.

Die smarte, intelligente Nutzung von Daten kann »unsere Welt ein bisschen besser machen«. Aber viele Menschen fürchten auch, von KI »ersetzt« zu werden. Klar ist, dass viele Tätigkeiten zukünftig wegfallen werden, dafür werden neue entstehen. Es ist unsere Aufgabe als Politik, dafür zu sorgen, dass der technologische Fortschritt auch zu sozialem Fortschritt führt. Für die SPD-Fraktion bedeutet das: Gute Arbeit mit und trotz KI.

Im Herbst ist die Zahl der Corona-Neuinfektionen wieder gestiegen. Diese Dynamik muss unterbrochen werden. Was hat die Politik in den letzten Wochen beschlossen, um die Pandemie und ihre Folgen im Griff zu behalten? Ein Überblick

Corona Update

Nach einem moderaten Infektionsgeschehen im Sommer hat die Ausbreitung des Corona-Virus im Herbst wieder erheblich zugenommen – mit einer steilen Kurve nach oben. Auch die Zahl der belegten Intensivbetten hat sich in den letzten Wochen vervielfacht. Immer häufiger kommt es zur diffusen Ausbreitung von Corona-Infektionen, ohne dass Infektionsketten eindeutig nachvollziehbar sind. Viele Gesundheitsämter sind an ihrer Kapazitätsgrenze und können Kontakte nicht mehr nachverfolgen. Wenn diese Dynamik nicht gebrochen wird, stößt unser Gesundheitssystem in kurzer Zeit an die Belastungsgrenze.

Das wirkungsvollste Mittel im Kampf gegen das Virus ist das besonnene Verhalten der Bürgerinnen und Bürger. Der Umgang unserer Gesellschaft mit der Pandemie ist in hohem Maße geprägt von Verantwortung und gegenseitiger Rücksichtnahme. Insbesondere ältere Menschen und chronisch Kranke sind auf diese Solidarität angewiesen.

Stärkung des Gesundheitswesens

Mit vier Milliarden Euro unterstützt der Bund die Schaffung von 5000 neuen Stellen für Amtsärzte und andere Fachkräfte in den Gesundheitsämtern. Außerdem wurde ein »Zukunftsprogramm Krankenhäuser« für Investitionen in Kliniken beschlossen. Drei Milliarden Euro kommen

aus dem Bundeshaushalt, eine Milliarde Euro von den Bundesländern und Krankenhausträgern.

Kontakte reduzieren

Um eine akute Gesundheitsnotlage zu verhindern, müssen die sozialen Kontakte erheblich reduziert werden. Nur so lässt sich das Infektionsgeschehen bremsen. Bund und Länder haben zunächst für November verschiedene Maßnahmen beschlossen, um die Ausbreitung des Virus zu dämpfen. Neben Kontaktbeschränkungen gehört dazu auch die vorübergehende Schließung von Freizeiteinrichtungen und Gastronomiebetrieben. Schulen und Kindergärten sollen aber geöffnet bleiben. Auch das Wirtschafts- und Berufsleben soll weiterlaufen.

Rechtssicherheit von Schutzmaßnahmen

Maßnahmen, die Bund und Länder zum Schutz der Gesundheit verordnen, greifen in Grundrechte ein. Da absehbar ist, dass die pandemische Lage noch länger andauern könnte, hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass die Voraussetzungen und Grenzen von grundrechtseinschränkenden Maßnahmen gesetzlich präzisiert werden. Das schafft Rechtssicherheit und mehr Transparenz. Klar ist, dass solche Maßnahmen immer geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein müssen.

Außerordentliche Wirtschaftshilfe

Seit Juni gibt es eine Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen. Sie können mit Zuschüssen für betriebliche Fixkosten unterstützt werden, wenn sie ihren Geschäftsbetrieb wegen der Pandemie einstellen oder stark einschränken mussten. In der zweiten Phase von September bis Dezember 2020 wurde das Programm noch einmal ausgeweitet. Inzwischen steht fest, dass das Programm in einer dritten Phase bis Mitte 2021 verlängert wird. Außerdem soll es spezielle Unterstützungsmaßnahmen vor allem für die Kultur-, Reise- und Veranstaltungsbranche geben. Solo-Selbständige, die keine anderen Fixkosten geltend machen können, aber auch hohe Umsatzeinbußen haben, erhalten ab Januar eine pauschale »Neustarthilfe« von bis zu 5000 Euro, die auch direkt beantragt werden kann.

Für die Zeit der vorübergehenden Schließungen ab Anfang November 2020 wurde darüber hinaus eine außerordentliche Wirtschaftshilfe aufgelegt. Damit werden gezielt Unternehmen, Selbständige, Vereine und Einrichtungen unterstützt, die von den Schließungen direkt oder indirekt betroffen sind. Konkret werden Zuschüsse pro Woche der Schließung in Höhe von 75 Prozent des wöchentlichen Umsatzes im November 2019 gewährt. Das hilft beispielsweise Restaurants, Kneipen und Hotels, aber auch öffentlichen Einrichtungen wie kommunalen Theatern oder Schwimmbädern.

Kurzarbeitergeld verlängert

Das Kurzarbeitergeld sichert Millionen Arbeitsplätze. Die Sonderregelungen, die im Zuge der Corona-Pandemie eingeführt wurden, werden ins nächste Jahr hinein verlängert. Auch 2021 gilt: Kurzarbeitergeld kann einfacher und länger in Anspruch genommen werden. Wer länger in Kurzarbeit ist, bekommt mehr Geld.

Erleichterter Zugang zur Grundsicherung

Schon im Frühjahr hat die Koalition den Zugang zur Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie zur Sozialhilfe erleichtert. Insbesondere Kleinunternehmer und Solo-Selbständige mit hohen Einnahmeausfällen können einfacher finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen. Diese Regelung wurde jetzt bis Ende März 2021 verlängert.

Die Vermögensprüfung ist dabei weitgehend ausgesetzt. Sie findet nur statt, wenn jemand über mehr als 60.000 Euro Vermögen verfügt, das kurzfristig verwertbar ist. Für jede weitere Person im Haushalt erhöht sich dieser Betrag um 30.000 Euro. Auch Altersvorsorgeanlagen bleiben unberücksichtigt.

Unterstützung für berufstätige Eltern

Für Eltern, die nicht arbeiten können, weil Kitas oder Schulen schließen müssen, wurde ein Anspruch auf Entschädigung im Infektionsschutzgesetz geschaffen. Beide Elternteile können damit unter bestimmten Voraussetzungen jeweils für bis zu zehn Wochen (Alleinerziehende bis zu 20 Wochen) 67 Prozent des Nettoeinkommens erhalten. Die Regelung wurde nun bis Ende März 2021 verlängert. Außerdem wurde der Anspruch auf Fälle erweitert, bei denen sich ein Kind wegen Corona in Quarantäne befindet.

Wenn Kinder krank sind, haben berufstätige Mütter und Väter in bestimmten Fällen Anspruch auf Kinderkrankengeld als Lohnersatzleistung von ihrer Krankenversicherung. Die Bezugszeit des Kinderkrankengeldes wurde für 2020 für jedes Elternteil von 10 auf 15 Tage erhöht (für Alleinerziehende auf 30 Tage).

Akut-Hilfe für pflegende Angehörige

Viele Menschen müssen sich wegen der Corona-Pandemie verstärkt um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Sie erhalten dabei akute Hilfe und flexible Unterstützungsangebote. Wer coronabedingt Angehörige pflegt und erwerbstätig ist, hat bis zum 31.12.2020 das Recht, bis zu 20 Arbeitstage der Arbeit fernzubleiben. Sie erhalten bis zu 20 Arbeitstage lang Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatz und damit doppelt so lange wie üblich.

Handlungsfähigkeit von Unternehmen und Verbänden

Damit Unternehmen, Vereine und Stiftungen weiterhin beschlussfähig und somit handlungsfähig sind, wurden die vorübergehenden Erleichterungen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht bis zum 31. Dezember 2021 verlängert.

Vorbereitungen für Impfungen haben begonnen

Sobald ein erster Impfstoff gegen SARS-CoV-2 zugelassen ist, soll möglichst sofort mit den Impfungen begonnen werden. Verträge über den Bezug des Impfstoffes von Biontech sind geschlossen. Die Kosten trägt der Bundeshaushalt. Mit den Ländern gibt es eine Vereinbarung über den Aufbau von bundesweit 60 Impfzentren, und es ist geklärt, welchen Bevölkerungsgruppen die Impfungen zuerst angeboten werden. Die Impfungen werden auf jeden Fall freiwillig sein.

Mehr Mut!



MATTHIAS MIERSCH
MDB

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien bis zur Mitte des Jahrhunderts bietet viele Chancen für Deutschland. Damit er gelingt, brauchen wir jetzt einen großen Wurf. Die Energiewende muss zum Mitmach-Projekt für alle werden. – Von Matthias Miersch

ERNEUERBARE ENERGIEN

Wir wollen, dass alle klimaneutral und umweltfreundlich leben und wirtschaften können – das ist unser Ziel für 2050. Und zwar egal, ob mit großem oder kleinem Geldbeutel sowie unabhängig davon, ob man auf dem Land oder in der Stadt wohnt.

Dafür müssen wir innerhalb der nächsten 30 Jahre unsere Energieversorgung vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Denn ganz gleich, ob es um unsere Industrie, unsere Mobilität oder die Wärme in unseren Wohnungen geht: Wir brauchen die Erneuerbaren Energien, um CO₂-neutral leben zu können.

Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits den Solardeckel abgeschafft, strikte bundesweite Abstandsregeln für die Windkraft verhindert, zusätzliche Sonderausschreibungen für Erneuerbare Energien erreicht und mit dem Konjunkturpaket sowie der Wasserstoffstrategie viele Milliarden Euro für Investitionen in Digitalisierung, nachhaltige Energieversorgung und zukunftsfähige Mobilität bereitgestellt. Wir haben die Einsetzung der

Kohlekommission durchgesetzt und den Kohleausstieg gesetzlich verankert. Wir haben ein Klimaschutzgesetz beschlossen, das die zuständigen Ministerien verpflichtet, in den Bereichen Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft bestimmte jährliche CO₂-Mengen einzusparen. Erstmals gibt es damit einen klaren gesetzlichen Rahmen in Deutschland zur Erreichung der Klimaziele.

Wir sind die Fraktion, die auch weiterhin verlässlich am Atomausstieg bis 2022 festhalten wird. Denn Atomkraft ist keine Lösung. Das zeigen neben den Sicherheitsrisiken insbesondere die hohen externen Kosten – beispielsweise für die Zwischen- und Endlagerung –, die bislang weltweit ungelöste Endlagerfrage und ihre Inkompatibilität mit den stark schwankenden und dezentralen Erneuerbaren Energien.

Die Zeit drängt! Wir müssen die Energiewende jetzt zum Mitmachprojekt für alle machen. Sie findet nicht mehr zentral im Kraftwerk, sondern an vielen Orten statt.



Matthias Miersch schlägt eine Solarpflicht für alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude sowie für private und gewerbliche Neubauten vor.

Wir wollen, dass sich alle beteiligen können und alle etwas davon haben. Ein weitreichender Umstieg auf Erneuerbare Energien wird nur gelingen, wenn wir mutig handeln. Denn mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) können wir die Weichen grundlegend neu stellen. Dazu ist der vorliegende und auch von Teilen der Unionsfraktion kritisierte Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministers ungenügend. Wir haben deshalb der Unionsfraktion eine breit aufgestellte Verhandlungsdelegation und umfassende Reformen angeboten. Bisher hat sie sich nicht darauf eingelassen.

Für uns ist klar: Wir wollen eine bezahlbare Versorgung mit Erneuerbarer Energie für alle, eine faire Verteilung der Kosten und stabile Rahmenbedingungen für die Unternehmen.

Dafür brauchen wir einen verbindlichen Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nur wenn alle an einem Strang ziehen, können wir unsere Ausbauziele wirklich erreichen. Darüber hinaus wollen wir auch die Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien zum Beispiel durch kommunale Beteiligungsmodelle und Grünstrom-Anleihen beteiligen. Ungenutzte Potentiale müssen wir heben: Wir brauchen eine Solarpflicht für alle geeigneten Dächer öffentlicher Gebäude sowie für private und gewerbliche Neubauten. Wer selbst erzeugte Energie auch selbst verbraucht, muss unterstützt und von bürokratischen Hürden befreit werden. Gleiches gilt für Erzeugergemeinschaften.

In den Ausschreibungen für die geförderten Erneuerbare-Energien-Anlagen wollen wir Anlagen fördern, die Wert auf »Gute Arbeit« legen. Bei Ausschreibungen von Onshore- und Offshore-Windenergieanlagen sollte dies durch den Nachweis einer Tarifbindung

bei Projektträgern und in der Lieferkette der Anlagenhersteller erfüllt sein. Bei Solaranlagen sollte nachgewiesen werden, dass die ILO Kernarbeitsnormen von den Herstellern, die Komponenten für förderfähige Systeme liefern, eingehalten werden. Der »CO₂-Footprint«, der die Emissionen auf Grundlage des gesamten Lebenszyklus von Modulen bestimmt, sollte als Kriterium in die Ausschreibungen aufgenommen werden.

Um schließlich eine gerechtere Finanzierung der Erneuerbaren Energien zu erreichen, an der sich alle beteiligen, brauchen wir eine umfassende Reform des Abgaben- und Umlagesystems – einschließlich der Abschaffung der EEG-Umlage. Die umfangreichen Ausnahmen von der Umlage vor allem zu Gunsten der Industrie werfen Gerechtigkeitsfragen auf. Es kann nicht sein, dass die finanzielle Last oft auf den Schultern der Durchschnittsverdiener liegt. Die Finanzierung soll deshalb über die Einnahmen aus dem nationalen Emissionshandel sowie über eine Erhöhung der Stromsteuer und den Abbau von klimaschädlichen Subventionen erfolgen.

Deutschland geht als erstes hochindustrialisiertes Land den Weg in das Zeitalter der vollständigen Versorgung mit erneuerbaren Energien. Als SPD-Fraktion sehen wir uns dabei in besonderer Verantwortung. Denn wir sind die Fraktion, die in Regierungsverantwortung die gesetzlichen Voraussetzungen für den Atom- und Kohleausstieg geschaffen und vor Jahren das EEG auf den Weg gebracht hat. Nun ist es unsere Aufgabe, dieses Gesetz zu reformieren. Die Ziele sind klar: Erneuerbare Energie ausbauen, Klimaneutralität bis 2050.



**Alle Schülerinnen und
Schüler müssen optimal
auf die digitale Welt
vorbereitet werden –
unabhängig vom
Geldbeutel der Eltern
oder ihrem Wohnort.**



MARJA-LIISA VÖLLERS
MDB

Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung
der SPD-Bundestagsfraktion